

i.punkt Landtag

Informationen des Landtagsabgeordneten Andreas Stoch aus Landtag und Wahlkreis

Ausgabe 5/2022

21. Dezember 2022



Liebe Leserinnen und Leser,

wieder geht kein leichtes Jahr zu Ende. Nachdem wir zu Beginn des Jahres darauf hoffen durften, dass die Corona-Pandemie langsam abklingt und die damit verbundenen Einschränkungen aufgehoben werden können, damit endlich wieder mehr Normalität in unseren Alltag einzieht, brach Putin seinen Angriffskrieg auf die Ukraine los. Damit zwang er viele Millionen Menschen zur Flucht aus ihrer Heimat. Mehr als 140.000 sind davon bisher in Baden-Württemberg aufgenommen worden. Die Solidarität, die diesen Menschen im Land und auch hier im Kreis Heidenheim entgegengebracht wurde und noch immer wird, ist mehr als lobenswert und hat großen Dank und Respekt verdient. Und das vor allem, weil auch das Leben für die Menschen hier nicht leichter geworden ist. Inflation und Energiekrise setzen vielen Betrieben, Einrichtungen, Vereinen und Privathaushalten zu. Nicht wenige kommen in finanzielle Not und manche Menschen wissen nicht, wie sie ihr Leben weiter bestreiten sollen.

Mit milliardenschweren Hilfspaketen hat die Ampel im Bund unter Führung von Bundeskanzler Olaf Scholz umgehend und entschlossen gehandelt, um Wirtschaft und Bürgerinnen und Bürger zu entlasten. In ihrem ersten Amtsjahr wurde die Bundesregierung vor noch nie dagewesene Herausforderungen gestellt: Krieg in Europa, Klimawandel, Energiekrise, Inflation, Fachkräftemangel, Pandemie und die Bedrohung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Mit der Mindestloohnerhöhung und der Einführung des Bürgergeldes ab Anfang nächsten Jahres, mit der Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderzuschlags und mit dem verbesserten Wohngeld ist der Bund neue Wege gegangen, um gerade denjenigen etwas mehr Luft zu verschaffen, die von den steigenden Preisen besonders hart getroffen werden. Damit wurden in diesem

großen Krisenjahr wichtige sozialdemokratische Kernanliegen umgesetzt.

Doch so deutlich die Handschrift der SPD im Bund erkennbar ist, genauso so deutlich fehlt sie in Baden-Württemberg. In der letzten Woche haben wir im Landtag in einem Sitzungsmarathon von drei Tagen den Doppelhaushalt für die kommenden beiden Jahre beraten. In dieser Woche wird dieser mit einem Gesamtvolumen von 123 Milliarden Euro verabschiedet. Das ist eine enorme Summe. Trotzdem ist das nicht genug, um jetzt mit klugen und vorausschauenden Investitionen der Krise zu trotzen. Denn jetzt müssen die Entscheidungen gefällt werden, um zentrale Ziele bis zur Mitte dieses Jahrzehnts zu erreichen. Von der grün-schwarzen Landesregierung erwarte ich, dass sie endlich mehr leistet, um Baden-Württemberg gut durch diese schweren Zeiten zu bringen und zukunftsfähig aufzustellen, anstatt immer nur mit dem Finger auf Berlin zu zeigen. Zu tun gibt es durchaus mehr als genug in „the Länd“. Schauen wir nur auf unsere Bildungsinfrastruktur, die Transformation unserer Schlüsselindustrien, die mehr als zögerliche Verkehrs- und Energiewende und den nach wie vor eklatanten Wohnraummangel. Finanzielle Mittel wären ausreichend da. Die Inflation lässt enorme Steuermehreinnahmen in die Landeskasse fließen. Und wozu braucht es jetzt 3,7 Milliarden Euro an Rücklagen? Jetzt ist die Zeit zu handeln und das Geld sinnvoll einzusetzen!

Auch wenn die Zeiten nicht die besten sind und es noch viel zu tun gibt, so möchte ich dieses Jahr dennoch nicht verabschieden, ohne allen herzlich zu danken, die sich auf verschiedenste Art und Weise für ein gutes Miteinander einsetzen. Man mag es nennen, wie man will: gesellschaftlichen Zusammenhalt, Solidarität oder Nächstenliebe. Wo wären wir ohne dies? Ich möchte es mir nicht ausmalen. In diesem Sinne wünsche ich Euch und Euren Lieben eine frohe und besinnliche Weihnacht und einen guten Rutsch in ein gesundes und hoffentlich friedlicheres neues Jahr. Und selbstverständlich eine interessante Lektüre.

Euer Andreas Stoch

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zur Krisenbewältigung

In der 50. Sitzung des Landtags am 10.11.2022 erklärte Ministerpräsident Kretschmann, was die Regierung zu tun gedenke, um die Krise zu bewältigen und Baden-Württemberg zukunftsfähig zu machen. In der anschließenden Aussprache macht die SPD deutlich, dass das bei Weitem nicht ausreicht. (Auszug aus meiner Rede)

„Wir haben sehr lange auf diese Regierungserklärung gewartet – wir Parlamentarier hier im Landtag, aber vor allem auch die Menschen im Land. Denn wir alle haben Fragen, wie die Regierung uns durch eine der schwierigsten Situationen in der Nachkriegsgeschichte bringen will. Aber das Warten hat sich nicht gelohnt. Nicht, weil wir als SPD Ihren Ausführungen, gerade was die Situation in der Ukraine betrifft, widersprechen. Wir unterstützen es, wenn Sie unverrückbare Solidarität einfordern. Ihre Regierungserklärung wird den Anforderungen und Dimensionen dieser Krise nicht gerecht. Sie verweisen auf den Bund, doch muss ein starkes und reiches Land wie Baden-Württemberg seinen Teil dazu beitragen. Sie erklären, dass der Bund mit den Entlastungen ja nur seine Inflationsgewinne zurückgebe und das recht und billig sei. Aber auch Baden-Württemberg hat Milliarden zusätzlicher Steuereinnahmen und würde diese ebenfalls nur zurückgeben, wenn es sich an die Vereinbarungen von Bund und Ländern hält. Deswegen verstehe ich das Gejammer über die Schwere der Belastungen und die Kritik am Bund nicht. Sie suggerieren einen Webfehler in der Politik des Bundes. Nein! Es ist kein Fehler, das ist Absicht! Denn in einer Krise hat sich nicht allein der Bund zu engagieren, sondern auch die Länder. Aber wo leisten Sie Ihren Anteil und übernehmen Verantwortung? Nach Wochen und Monaten haben wir erwartet, dass Sie Nägel mit Köpfen machen. Doch was Sie ankündigen, ist kein Doppelwumms, nicht mal ein halber Wumms. Sie bieten zinsvergünstigte Darlehen an. Auch das Angebot von Energiesparberatungen ist geradezu zynisch. Ihr Sondertopf für soziale Infrastruktur ist mit 30 Millionen Euro eher ein Töpfle und reicht bei Weitem nicht für die Sozialeinrichtungen, die inzwischen durch Milliarden an Mehrkosten belastet sind. Wir brauchen Nothilfefonds, wie sie andere Bundesländer aufsetzen. Dort wird mit richtig viel Geld Wirtschaft und Privathaushalten geholfen. Es braucht endlich eine große gemeinsame Kraftanstrengung. Denn Politik heißt nicht nur reden, sondern handeln. Handeln Sie endlich! Und machen Sie sich nicht länger zum willigen Erfüllungsgehilfen der billigen Oppositionspolemik der Bundes-CDU!“

Bürgergeld: Soziale Sicherung statt Spaltung!

Ebenfalls am 10.11.2022 wollte die SPD-Fraktion die Enthaltung der grün-schwarzen Landesregierung im Bundesrat bei der Abstimmung zur Einführung des Bürgergeldes im Rahmen einer Aktuellen Debatte zur Diskussion stellen.

Die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion **Dr. Dorothea Kliche-Behnke** betont, dass die Einführung des Bürgergeldes die größte Sozialreform seit 20 Jahren sei und damit Hartz IV endlich hinter sich lasse. Es biete soziale Sicherheit und mehr Respekt für Lebensleistung, bringe einen Kulturwandel in unsere Jobcenter, stärke den Sozialstaat und reduziere Abstiegsängste. Das sei selten so wichtig gewesen wie in diesen Tagen. Konkret bedeute das: Es werden Ersparnisse geschützt, tatsächliche Wohnkosten übernommen, Vermögen und Angemessenheit der Wohnung erst nach 24 Monaten geprüft, die Altersvorsorge nicht angetastet. Das schütze vor Altersarmut und stärke die Rechte derjenigen, die auf Transferleistungen angewiesen sind. Substantielle Verbesserungen bei der beruflichen Weiterbildung können Perspektiven eröffnen und mehr Menschen in einen Abschluss und damit in den Arbeitsmarkt bringen. Die Regelsätze werden um 52 Euro erhöht, was in Zeiten der Inflation ein dringend nötiges Signal sei. „Fördern und Fordern“ werde nicht fallen gelassen, sondern Mitwirkungspflichten und Sanktionen seien weiterhin vorgesehen. Aber wer nicht mitwirken könne, müsse unterstützt und nicht sanktioniert werden. In Baden-Württemberg werde das Bürgergeld fast einer halben Million Menschen zugutekommen. Es sei unverständlich, warum die CDU nun dagegen trommle. Statt einer schnellen Vermittlung in irgendeinen Job sei eine zielgerichtete und nachhaltige Vermittlung besser. Daran, dass Menschen mit Arbeit besser dastehen als Transferleistungsbezieher, ändere auch das Bürgergeld nichts. Hinterfragt werden müsse in diesem Zusammenhang eher die Position der CDU zur Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro. Da hatte die CDU ihr Herz für die niedrigen Lohngruppen vermutlich noch nicht entdeckt. Doch reiche es hier nicht, sich an der CDU abzuarbeiten. Baden-Württemberg sei das einzige grüngeführte Bundesland und dürfe sich nicht vor den parteipolitischen Karren eines Friedrich Merz spannen lassen. Das Bürgergeld schaffe einen Sozialstaat auf der Höhe der Zeit. Dies sei eine Frage gesamtgesellschaftlicher Solidarität. Die SPD appelliert an den Ministerpräsidenten, seiner Verantwortung nachzukommen und dieses enorme Reformvorhaben in der Länderkammer nicht zu blockieren.

Doppelhaushalt 2023/2024

In der 51. Sitzung des Landtags am 14.12. wurde in der Generalaussprache der Doppelhaushalt für die Jahre 2023/2024 in Zweiter Beratung von den Fraktionen diskutiert. (Auszug aus meiner Rede)

„Wir als Politik sind in einem Ausmaß gefordert, wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Dennoch reicht es nicht, sich in Krisenrhetorik zu verlieren. Es bleiben trotzdem wichtige Themen auf der politischen Tagesordnung. Angesichts der Dimensionen dieser Herausforderungen müssen wir aber feststellen, dass die grün-schwarze Landesregierung der Notwendigkeit, aktiv zu handeln, nicht gerecht wird. Wo steht Baden-Württemberg in zentralen Politikfeldern? Wie steht es um die Transformation unserer Wirtschaft, die Energiewende und die Frage, wie wir unser Land mit nachhaltiger Energie versorgen? Nach bald zwölf Jahren unter grüner Führung stehen wir bei zentralen grünen Zielen auf folgenden Positionen: Weniger Windkraftanlagen als in Baden-Württemberg gibt es nur im Saarland und in den Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen. Bei den erneuerbaren Energien insgesamt liegen wir auf Platz 9 von 16. Nur 0,2 Prozent der Fläche wird für Windkraft genutzt. Das ist der letzte Platz unter allen Bundesländern. Bei der Fotovoltaik schaffen wir es auch nicht in die Top 10. Niemand unterstellt dem Ministerpräsidenten, dass er keine erneuerbaren Energien will. Aber Wollen allein reicht nicht. Zum Wollen muss das Machen kommen! Wie sieht es in der Bildungspolitik aus? Beim Schüler-Lehrer-Verhältnis lagen unsere Grundschulen 2020 auf dem letzten, bei den Ganztagsgrundschulen auf dem drittletzten Platz. Und da erschrecken Sie ernsthaft über den Leistungsstand an den Grundschulen beim letzten IQB-Test? Der Unterrichtsausfall ist so hoch wie noch nie. Das ist die Bilanz von 12 Jahren Kretschmann. Von der Verkehrswende reden Sie seit über elf Jahren, aber wir haben mehr Staus denn je, die Züge sind nicht besser als anderswo und die Zuschüsse für Busse und Bahnen wurden zuletzt gekürzt. In jedem beliebigen Politikfeld sind Anspruch und Wirklichkeit Lichtjahre voneinander entfernt. Es gilt die Kretschmann-Formel: Grüne und CDU bilden eine Koalition, in der sich die Grünen alles wünschen dürfen und die CDU bleibt völlig entspannt, weil sie weiß, dass es beim Wollen und Wünschen bleibt. Das Ergebnis ist eine geschwätzige Kultur der Absichtserklärungen, denen nichts folgt. Dabei ist es so notwendig wie nie, dass Politik wirkt. Wir als SPD bieten an, gemeinsam anzupacken. Der Doppelhaushalt ist zentral für die Zukunft unseres Landes. Investitionen sind jetzt nötig! Ein lust- und kraftloses „Weiter so“ wäre fatal.

Landesparteitag in Friedrichshafen



Foto: SPD Baden-Württemberg

Es war mir eine große Freude und Ehre, dass ich zu unserem Landesparteitag in Friedrichshafen am 19. November Bundeskanzler Olaf Scholz und Bundesparteivorsitzende Saskia Esken persönlich begrüßen durfte. Vor rund 600 Delegierten und Gästen bekräftigte Olaf Scholz den Kurs seiner Bundesregierung. Mindestlohn, höheres Kindergeld, Kinderzuschlag und Wohngeld bedeuten eine deutliche Verbesserung der Einkommenssituation vieler Menschen mit geringem Einkommen in diesem Land durch eine SPD-geführte Regierung. Auch ich machte in meiner Rede deutlich, warum es die Sozialdemokratie in der Regierung braucht: „Eines der reichsten Länder in ganz Deutschland jammert, es habe kein Geld, statt in dieser Krise zu helfen. Während die Bundesregierung zeigt, wie kluges und entschlossenes Handeln in Krisenzeiten geht, sehen wir in Baden-Württemberg eine Landesregierung, die pausenlos gegen die Bundesregierung giftet, während sie sich auf bundespolitischen Entlastungen ausruht. Damit alle Menschen auch in Baden-Württemberg mit Zuversicht in die Zukunft blicken können, müssen jetzt wichtige Investitionsentscheidungen getroffen werden. Aber in unserem Land fehlt etwas, was es in Berlin gibt, in Stuttgart aber nicht. Es fehlt die SPD am Steuer!“

Bei den Neuwahlen des Landesvorstands konnte ich mit 95,6 Prozent mein Amt als Landesvorsitzender bestätigen. Auch Sascha Binder wurde mit 85 Prozent als Generalsekretär wiedergewählt. Diese überwältigend hohe Zustimmung gibt mir Kraft und Mut, unsere Partei weiter und wieder zu größerer politischer Stärke zu führen. Wir nehmen die Verantwortung des sehr guten Wahlergebnisses für unsere Landesspitze als Antrieb, um uns jetzt noch besser für die nächsten Jahre aufzustellen.

Neben den Neuwahlen von Landesvorstand, Kontroll- und Schiedskommission stand der Leitantrag „Sozialer Aufbruch für Baden-Württemberg“ im Fokus. Darin haben wir langfristige sozialpolitische Ansprüche für die nächsten Jahre formuliert beim Kampf gegen Armut, in Gesundheit und Pflege, Integration, Inklusion, Gleichstellung und Vielfalt.

Aus dem Wahlkreis

Austausch mit Bürgermeister Jörg Weiler



Seit Juni hat Königsbronn mit Jörg Weiler einen neuen Bürgermeister. Um mich über aktuelle Themen und anstehende Projekte der Gemeinde zu informieren, besuchte ich ihn und die Verwaltungsspitze in der Hammerschmiede. Er habe sich gut eingearbeitet, schon einiges vorgebracht und noch sehr vieles vor, berichtete Jörg Weiler. Kluges und entschlossenes Handeln sei sein Motto, mit dem er Königsbronn und die Teilorte weiterentwickeln will. Neue Quartiere sollen nördlich der Hüttenwerke, auf dem Klosterareal und auch zwischen Alt- und Neu-Zang entstehen. Die Sanierung des „Weißen Rössle“ und der Herwartsteinhalle sollen den Ortskern gastronomisch und kulturell wiederbeleben. Dafür hofft der BM auf Förderungen, wobei ich ihn gerne unterstütze. Denn gerade jetzt ist es wichtig, dass der Staat investiert, um der Krise entgegenzusteuern.

Die Nähe zu Oberkochen und seinen ansässigen Firmen biete gute Chancen für eine gesunde Weiterentwicklung. Die interkommunale Zusammenarbeit sei inzwischen auf einem sehr guten Weg. Problematisch bleibe allerdings die Verkehrssituation an der B19. Hier riet ich an, realistisch zu sein und zunächst Machbares anzupacken.

Als früherer Kultusminister liegt mir vor allem die Bildung am Herzen. Mit dem Paul-Reusch- und dem Waldkindergarten hat Königsbronn viel erreicht. Aber der Bedarf steige enorm, berichtete Hauptamtsleiter Joachim Ziller. Der Fachkräftemangel sei in Kitas und Grundschulen spürbar. Gerade für die immer stärker nachgefragte Ganztagsbetreuung müsse die Gemeinde zusätzlich Personal bereitstellen. Hier verwies ich auf die Möglichkeit einer Ganztagschule, dann wäre das Land personell verantwortlich. Weitere Gesprächspunkte waren die Flüchtlingsunterbringung, der Ausbau des Katastrophenschutzes, die Jugendsozialarbeit und die Georg-Elser-Gedenkstätte.

Woche der GMS - Besuch der Bühlschule

Der Verein für Gemeinschaftsschulen (GMS) in Baden-Württemberg e.V. lädt traditionell Anfang Dezember alle Abgeordneten zu einem Schulbesuch in ihrem Wahlkreis ein. Als Kultusminister habe ich viele GMS selbst genehmigt, u.a. auch die Bühlschule in Giengen. Deswegen war es mir eine besondere Freude, nun dort mit Schülerinnen und Schülern, Lehrkräften und Schulleitung ins Gespräch zu kommen. Die Fragen, die in der Diskussion mit den neunten und zehnten Klassen aufkamen, gingen vom Böllerverbot über Schultoiletten bis hin zur Inflation. Auch warum ich in die Politik gegangen bin und gerade zur SPD, wollten die Schülerinnen und Schüler wissen.

Im Gespräch mit Schulleiterin Nicole Arndt und einigen Lehrkräften erfuhr ich, dass die Ressourcen und Rahmenbedingungen, die es für einen guten Unterrichtsbetrieb in einer GMS braucht, zunehmend nicht mehr gegeben seien. Ich weiß um den generellen Lehrkräftemangel und insbesondere die fehlende Lobby der GMS in der grün-schwarzen Landesregierung, insbesondere unter der früheren CDU-Kultusministerin Eisenmann. Wir brauchen viel mehr Lehrkräfte und dringend auch ein Umdenken weg vom Lehrer als Einzelkämpfer hin zu Assistenzsystemen, die als multiprofessionelle Teams Lehrkräfte und Schulleitung unterstützen und entlasten. Die entscheidenden Weichen für den Schulerfolg eines Kindes werden schon sehr früh, in der Familie, der Kita und Grundschule, gestellt. Deswegen muss mehr Gewicht auf die frühkindliche Bildung und eine gute Arbeit an den Grundschulen gelegt werden. Und das muss sich auch an der Wertschätzung und Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher und der Pädagogen widerspiegeln.



Impressum:

Wahlkreisbüro Andreas Stoch MdL

Redaktion: Danjela Folberth

Bergstraße 8 | 89518 Heidenheim

Tel.: 07321/ 4 00 80

E-Mail: wahlkreisbuero@andreas-stoch.de

Internet: www.andreas-stoch.de